



Christlichsoziale gegen Sozialisten

Soldaten-Arbeiterrat setzt Hindenburg und Gröner ab; Ermahnung der Vossischen Zeitung an das deutsche Volk

Deutschland befindet sich in dreifacher Gefahr

Berlin, 4. Jan. — Dreitausend Mitglieder der neu gegründeten Christlichen Volkspartei marschierten gestern mittag nach dem Kultus- und Erziehungsmuseum. Sie erhoben dort scharfen Protest gegen die Verwirklichung des unabhängigen Sozialisten Adolf Hoffmann, der in kirchlichen Kreisen viel Unmitten erregt hat wegen seines Verjuchens, die religiöse Freiheit in kirchlichen Schulen einzuschränken. An der Spitze dieser Kundgebung stand der Sekretär Pfeifer von der Christlichen Volkspartei, der einer ihrer Vertreter in der Nationalversammlung zu werden wünscht. Pfeifer verlangte den Sturz der sozialistischen Republik und eine freie Demokratie, und man hörte darauf die Rufe: Nieder mit Hoffmann, der nicht einmal deutsch lesen noch schreiben kann. Der Minister selbst jedoch ließ sich nicht nehmen. Die Menschenmasse begab sich darauf nach dem Reichstagsgebäude und verlangte nach Ebert, aber auch dort zeigte sich ihr kein Minister.

Berlin, 4. Jan. — Hier heißt es, daß der Arbeiter- und Soldatenrat Feldmarschall Hindenburg und General Gröner abgesetzt haben, weil sie sich weigerten, Befehle von demselben entgegenzunehmen.

London, 4. Jan. — Die Vossische Zeitung hebt hervor, daß es unrichtig sei, sich über den drohenden Ton der Massenstillstandsbedingungen zu beklagen und von den früheren Feinden der Arbeiterbewegung zu erbitten, bis eine stabile Regierung zu Berlin eingesetzt worden ist. Die Zeitung schreibt: „Durch dergleichen Taten wird die Lage nur noch verwickelter und verfehlt den einzigen Weg, der uns aus dem Labyrinth führen kann. Es ist eine Angelegenheit, die alle Alliierten angeht und nicht Frankreich allein, und die Alliierten müssen ganz genau, was sie vorhaben. Sie haben beschlossen, Deutschland zu helfen, sobald dasselbe die gestellten Bedingungen erfüllt. Sie verlangen die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Alliierten verlangen handgreifliche Garantien, daß Deutschland nicht aus einem Depotsismus in den anderen fällt, und sie verlangen, daß die innere Lage Deutschlands dezentrisch beschaffen ist, daß Anarchie nicht zur Geltung komme. Deutschland muß sich sein eigenes Schicksal bereiten,“ schreibt die genannte Zeitung. „Es hat keinen Sinn, zu appellieren. Es ist immer noch für das deutsche Volk Zeit, alles das zurückzugewinnen, was es im Kriege verloren hat; das aber kann es nicht tun, wenn es nicht ernst ist und die Wahrung der Mittelkraft genießt und sein täglich Brod besitzt. Der Augenblick ist jetzt da, um energisch zu handeln.“

Deutschland wird heute von einer dreifachen Gefahr bedroht. Die Lage in Deutschland bietet große Schwierigkeiten, welche einer Einfluß auf die Friedenskonferenz haben mögen und Marschall Foch droht bereits, die Verhandlungen abzubrechen.

Die unterdrückten Polen haben unter der Führung von Baderowski die deutsche Grenze überschritten und marschieren auf Berlin.

Die Streitkräfte der Bolschewiki ziehen in der Richtung auf die deutsche Grenze im Osten.

Es ist jetzt endbrot worden, daß die Summe von 12.000.000 Mark nach Berlin gefordert wurde, damit Anarchie und Bolschewiki Propaganda eingeführt werden könne.

Die Führer verlangen von der Berliner Regierung zu brutalen Maßnahmen ihre Zustimmung zu nehmen, um den Bolschewismus zu unterdrücken. Die Vertreibung des Vertreters der russischen Sowjets Carl Kadel, wird verlangt, aber er kann nicht gefunden werden. Die Spartakus-Gruppe wendet sich an die Handels-Union Arbeiter an den Streik zu geben. Carl Liebknecht unterstützt jetzt die Ansichten von Rosa Luxemburg, der wildesten aller

Die Revolution in Süddeutschland

Stuttgart, 9. November. — Heute abend hat sich im Landtagsgebäude eine neue provisorische Regierung gebildet. Sie erläßt folgenden Aufruf an das württembergische Volk:

Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen. Die Republik ist erklärt. Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an. Die alten Gewalten treten ab. Das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die volle Macht.

Seine nächste Vertretung bildet die aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei und den unabhängigen Sozialisten gebildete provisorische Regierung.

Stuttgart, 11. November. — Die neue provisorische Regierung hat als höchstes für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte Baumann für das Ernährungswesen, Kiene für die Justiz, Leisinger für die Finanzen berufen. Das Ernährungsamt bleibt dem Ministerium des Auswärtigen unterstellt mit dem bisherigen Präsidenten Seiler und Wegner für Eisenbahnen und Postwesen. Die Gestaltung der Dinge erfolgte im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat. Alle Rechte und Befugnisse bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch besondere Verfügungen der Regierung geändert oder aufgehoben werden. Dies gilt insbesondere für alle die Verwaltung der Lebensmittel regelnden Vorschriften.

des Verkehrs: Geschäftsführer Leopold Müllert in Karlsruhe; Ministerium des Unterrichts: Fritz Stockinger, Landtagsabgeordneter (Soz.) in Pforzheim; Ministerium für Ernährungswesen: Rechtsanwalt Trunk, Stadtrat in Karlsruhe (Ztr.); Ministerium für Lebensmittelwirtschaft und Wohnungswesen: Arbeiter-Sekretär Marzloff, Freiburg.

Die Regierung wird aus einer auf Grund des allgemeinen Wahlrechts herabgehenden Nationalversammlung gebildet und darüber entscheidet, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik für Baden maßgebend ist. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft einen Bestandteil des Deutschen Reiches bilden.

Wir fordern das badiische Volk auf, den Anordnungen der neuen Regierung Folge zu leisten und die Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Beamten bleiben in ihren Stellungen und haben in treuer Weise ihre Pflicht zu erfüllen. Die Soldaten werden aufgefordert, in die Reihen zurückzutreten und den dienstlichen Anordnungen zu gehorchen, soweit sie nicht für den Soldatenrat in Anspruch genommen sind. Nur wenn diesem Folge geleistet wird, ist es möglich, Ruhe und Ordnung zu wahren und gute Verpflegung durchzuführen.

Der Soldatenrat: Bremer, Weiser. Der Volkskassenschauspieler: Sauer.

Stuttgart, 13. November. — Der Arbeiter- und Soldatenrat genehmigt die Abreise des Königs nach Badenhausen und gewährt ihm den notwendigen Schutz. Im Schloß erregte sich, wie der Beobachter mitteilt, eine dramatische Szene. Während der Verabschiedung des Reichsministeriums drangen Soldaten in das Schloß ein und verlangten die Einziehung der königlichen Standorte und die Stillung der roten Fahne. Der König sagte: Die Fahne auf dem Dache ist diejenige meines Hauses. Man kann von mir verlangen, daß ich sie einziehe, aber daß ich auf meinem Privathaus die rote Fahne aufziehe, kann man doch nicht fordern. Schließlich wurde die Forderung nicht mehr gestellt.

Stuttgart, 18. November. — Eine hier abgehaltene Tagung der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei leitete nach nahezu einstimmig einen Antrag des Ministers des Innern Erbsippen an, der die Einberufung eines deutschen Parteitagess fordert, damit eine allgemeine Grundlage für die Stellung der Partei zur Revolution und deren Fortführung geschaffen werde. Die Partei betrachtet die ihr angehörigen Mitglieder der provisorischen Regierung als ihre Vertrauensleute und fordert von ihnen, daß sie im Sinne der Partei wirken und diese in ihrem Kampfe bis zur Errichtung der sozialistischen Republik von ihrer Stellung aus unterstützen. Augenommen wurde ferner mit allen gegen zwei Stimmen ein Antrag Dalheimers, daß die Partei sich grundsätzlich auf den Boden der druckfähigen Richtlinien und des Aktionsprogramms des deutschen Spartakusbundes stelle, dagegen wurde ein weiterer Antrag Dalheimers abgelehnt, der den sofortigen Austritt Erbsippen aus der provisorischen Regierung forderte und verlangte, daß die Partei der Unabhängigen geschlossen zum Spartakusbund überzutreten solle.

Balkanvölker müssen unabhängig sein!

Dieses betont Präsident Wilson in seiner Rede in der italienischen Deputiertenkammer; Hilfe muß ihnen gewährt werden

Besuch beim Papst wird Bedeutung beigemessen

Rom, 4. Jan. — (Von Robert J. Bender, Korrespondent der United Press.) — Die Rede des Präsidenten Wilson in der Deputiertenkammer, in welcher er hervorhob, daß die Völker der Balkanhalbinsel „jetzt unabhängig sein müssen“, wird hier als ein deutlicher Wink betrachtet, daß alle Mißverständnisse zwischen Italienern und Slaven aufgeklärt werden müssen, und daß Italien mit den übrigen alliierten Großmächten dahin wirken müsse, eine starke slavische Nation zu schaffen.

„Der Balkanstaat gerichte es stets zum Nachteil,“ sagte der Präsident in dieser Rede, „daß sie gegen fremde Einflüsse unterworfen, Intriguen ausgesetzt waren und daß nördlich von ihnen eine unruhige Bevölkerung lebte, die nicht durch Freundschaft zusammengehalten wurde, sondern durch Gewaltmaßnahmen und Militärmacht.“

„Zurück zu diesen Intriguen Einhalt geboten, und die Befehle sind gebrochen, und wir werden einen neuen Zement schaffen, der die Völker zusammenhält. Sie waren nicht an Unabhängigkeit gewöhnt; sie müssen jetzt unabhängig werden. Sie so wohl als ich wissen, daß wir ihnen nicht vorzuschreiben können, welcher Art Regierung sie haben müssen. Aber wir sind Freunde jener Völker, und es ist unsere Pflicht darauf zu achten, daß ihnen Schutz gewährt wird, das etwas geschaffen wird, das sie zusammenhält.“

Auch seiner Antrittsrede gegen die Herrschaft irgend einer Macht verlich der Präsident wieder „Geltung, indem er sagte: „Wir wissen, daß es kein Mächteübergewicht geben kann. Man hat dieses verurteilt und gesehen, daß es ein Fehlschlag ist. Deshalb muß Erlaß für dieses Uebelverhältnis gefunden werden, und erfreulicherweise habe ich gefunden, daß ein solcher in der Bildung der Nationalitäten gefunden werden kann.“

Der Präsident besuchte heute mehrere historische Plätze und legte im Pantheon auf den Grabstätten von König Viktor Emmanuel und König Humbert Kränze nieder. Nach der Audienz mit dem Papst empfing der Präsident eine Abordnung protestantischer Körperschaften.

Im Laufe des Nachmittags konfizierte er mit dem italienischen Vizepräsidenten Orlando, Kabinetsmitgliedern und anderen italienischen Führern. Das formelle Programm seines Besuchs in Rom

kommt heute Abend mit einem Geladener, Korrespondent der United Press.) — Den Besuch des Präsidenten Wilson beim Papst wird die größte Bedeutung beigemessen. Man glaubt, daß ein klares Verständnis über die Stellung des Vatikans wesentlichen Prinzipien der Friedenskonferenz gegenüber erzielt worden ist. Vor der Audienz mit dem Papst konferierte der Präsident mit dem päpstlichen Staatssekretär Kardinal Gasparri. Herr Wilson begab sich von der amerikanischen Vizepräsident, wo er mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bage ein Gabelgespräch einnahm, direkt zum Vatikan.

Gestern besuchte der Präsident das Garibaldi Denkmal und ließ es sich nicht nehmen, den ärmlichen Stadteilen einen Besuch zu machen. Morgen wird sich Herr Wilson nach Genua begeben, dort einen dreistündigen Aufenthalt nehmen. Mittwoch wird er in Mailand und Lurin verweilen.

Ist nicht verpflichtet, Union anzuerkennen

So entscheidet Board; aber Arbeitsregeln müssen verbessert werden. Große Gile.

Das Verhör vor dem Kriegs-Arbeitsausschusse, den die Herren Loft und Manly veranlassen, kam gestern abend zu einem Schluß, dessen allseitige Zufriedenstellung zum mindestens zweifelhaft ist. Als das Wichtigste in der Entscheidung tritt die Tatsache hervor, daß der Ausschuss für die Kontingente keine Verpflichtung finden konnte, die Union anzuerkennen.

Die gestrige Sitzung begann 9 Uhr morgens und wurde mit einer nur halbseitigen Mittagspause fortgesetzt, bis die Herren Loft und Manly zur Ruhe eilen mußten, um ihren Zug nach New York nicht zu verpassen, der 6 Uhr abging. Alles mußte in ziemlich eile abgetan werden. Die Entscheidungen wurden einem stenographischen Diktier und feintunne, sobald sie vom Stenographen ausgedrückt waren, verlesen. Die Umschreibung der letzten Seite konnte nicht abgewartet werden, da Gile not tat, deshalb gab Herr Loft eine launliche Entscheidung.

Die Entscheidungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Kontingente ist nicht verpflichtet, die Union anzuerkennen. Die Kontingente muß die sogenannten „Short Piece Rules“ verbessern, die einen Konflikt oder Notstand zwingen, 6 bis 7 Stunden ohne Unterbrechung auf der Plattform zu stehen.

Die Kontingente hat den „Weiß der Entscheidung“ des Ausschusses nicht verkehrt, als sie die „Schedule“ änderte.

Das Verhör wegen Minimal-Löhnen muß bis zum 1. Februar vertagt werden.

Die Kontingente war zu „technisch“ in ihren Verlangen an die Angestellten, angesehen, ob sie als Mitglieder der Union oder als Angestellte mit der Kontingente verhandeln wollten.

Was die Verteilung angeht.

Wir haben gerade auf diesen Sachverstand bestanden,“ sagte Unvollt Bedner von der Straßenbahn.

„Ich habe keine Lust, jetzt darüber zu sprechen“, antwortete Jerry Burnell, nationaler Organisator.

„Nabe noch nicht Zeit genug gehabt, die Sache durchzudenken.“ J. G. McMillan von der Union.

„Wich noch nicht, ob mir's gefällt oder nicht und kann nichts lagen, ehe ich nicht es ordentlich durchgedacht habe.“ Ben Short, Präsident der Union.

Die provisorische Volksregierung in Baden

Karlsruhe, 10. Nov. — Der Soldatenrat und der Volksfahrtsausschuss haben heute folgenden Aufruf an das badiische Volk erlassen:

An das badiische Volk. Wir geben bekannt, daß sich heute eine provisorische Volksregierung für Baden gebildet hat. Sie besteht aus folgenden Personen:

Vorsitz: Weis, Landtagsabgeordneter (Soz.); Mannheim; Ministerium des Inneren: Oberbürgermeister Dietrich, Landtagsabgeordneter (Ndr.); Konstanz; Ministerium für soziale Fürsorge: Metallarbeiter Adolf Schwarz, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Mannheim; Ministerium für militärische Angelegenheiten: Landsturmannführer Brünner, Vorsitzender des Soldatenrats in Karlsruhe; Ministerium des Innern: Dr. Ludwig Haas, Reichstagsabgeordneter (Soz.); Karlsruhe; Ministerium für Finanzen: Prof. Wirth, Reichstagsabgeordneter (Ztr.); Freiburg; Ministerium für Justiz: Rechtsanwalt Marum, Landtagsabgeordneter (Soz.); Karlsruhe; Ministerium

Die badiische Volksregierung

Karlsruhe, 11. Nov. — Die badiische vorläufige Volksregierung erklärt:

1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet.

2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badiischen vorläufigen Volksregierung.

3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist.

4. Endgültig über die Staatsform entscheidet die badiische National-Versammlung.

5. Die National-Versammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919, gewählt. Sie tritt innerhalb zehn Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.

6. Die Wahl zur National-Versammlung findet nach dem gleichen geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch die mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, welche am Tage der Wahl wahlberechtigt sind.

Schlacht zwischen Deutschen und Polen

Bei Lissa ans Haupt gefahren die Polische Artillerie anschlagentend.

Kopenhagen, 4. Jan. — Eine heutige Berliner Depesche meldet, daß deutsche Truppen einer polnischen Armee bei Lissa und Kafel eine heftige Schlacht geliefert haben. Die Überlegenheit der deutschen Artillerie verlich den Deutschen den Sieg. (Lissa liegt 62 und Kafel 60 Meilen von der Stadt Lissa entfernt; beide Städte liegen in der Provinz Posen.)

Kopenhagen, 3. Jan. — Nachrichten aus Berlin belegen, daß die Polen gegenwärtig die Provinz Posen vollständig beherrschen. Die Regierungsgebäude werden allerdings von Soldaten besetzt, die die deutsche Uniform tragen; an der Spitze aber führen sie die polnische Kolarde. Sogar in den bisher deutschen Distrikten führen die Polen das Kommando, und die deutschen Denkmäler sind gestürzt worden; viele davon erst nach heftigen Kämpfen.

Wesel, 3. Jan. — Franzfurter Depeschen melden, daß mehrere deutsche Armeekorps an der Grenze zwischen Preußen und Polen zusammengezogen sind. „Deutschland“, so heißt es in der Depesche, „ist entschlossen, seine Rechte in Polen zu verteidigen.“

Deutsche geben Riga ohne Kampf auf

Senator Lodge dringt auf baldigen Frieden

Kopenhagen, 4. Jan. — Berliner Nachrichten zufolge haben jene deutschen Truppen, die Riga aufgaben, sich mehrere Meilen weit zurückgezogen und die in jener Gegend liegenden Höhen besetzt. In seiner Rigaer Depesche an die Vossische Zeitung zu Berlin wird ein sehr pessimistisches Bild über die Lage in den Ostprovinzen entworfen. In derselben heißt es, daß die Bolschewiki Truppen mit Lebensmitteln, Waffen und Munition aus herlichen sind, während es den Truppen, die ihnen gegenüber stehen, an allem gebricht. Die deutschen Soldaten, befragt die Depesche, weigern sich, zu kämpfen, und sogar diejenigen, welche die Eisenbahnen zu verteidigen haben, verlassen die ihnen angewiesenen Stellungen und machen einen geordneten Rückzug der deutschen Mannschaften unmöglich. Auch die Läufer machen keine großen Kraftanstrengungen, die Bolschewiki Truppen zurückzuhalten. Gerüchlicherweise verlautet, daß sich eine aus 10.000 Mann bestehende deutsche Armee freiwilliger gebildet hat und sich auf dem Wege nach den baltischen Provinzen befindet.

Die Republik Deinen

Tarmstadt. — Der Arbeiter- und Soldatenrat hat den Großherzog für abgesetzt erklärt und die badiische Republik ausgerufen. Er hat in sieben Punkten seine Anschauungen niedergelegt, in denen er unter anderem die Auflösung aller Reichskommissionen und Trennung von Staat und Kirche fordert.

Das abgetretene Ministerium

bleibt abgesetzt. Die Ministerium des Inneren und die oberste Leitung der Ministerial-Abteilung des Innern hat Abg. Ulrich übernommen. Zum Direktor des Ernährungs- und Ministeriums wurde Abg. Reumann (Soz.) bestellt, zum Direktor des Arbeits-

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt heute abend und Sonntag. Keine wichtige Veränderung in Temperatur.

Senator Lodge dringt auf baldigen Frieden

Washington, 4. Jan. — Nach Ansicht des Senators Lodge's ist es dringend nötig, daß ein baldiger Frieden geschlossen werde, da die Lage äußerst gefährlich geworden sei. Er stellt in Abrede, daß er oder ein anderer republikanischer Führer den Präsidenten in Verlegenheit zu setzen gesucht habe, als sie erklärten, daß die Völker Riga bis nach dem Kriege warten könne.

Anfre erste Pflicht ist es, täglich

er. Frieden im Jahre 1919 zu machen. Die ganze Welt friedlich zu machen, hat Zeit bis 2000.“

Briten und Deutsche gegen Bolschewismus

Notterdam, 4. Jan. — Die Russische Zeitung, durch die unentschieden Grausamkeiten der Bolschewiki in Aufregung versetzt, deutet darauf hin, daß ein Abkommen zwischen Deutschland und England getroffen werden wird, um dem Vordringen der Bolschewiki-Armee in den belgischen Provinzen ein Ende zu machen.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt heute abend und Sonntag. Keine wichtige Veränderung in Temperatur.

Senator Lodge dringt auf baldigen Frieden

Washington, 4. Jan. — Nach Ansicht des Senators Lodge's ist es dringend nötig, daß ein baldiger Frieden geschlossen werde, da die Lage äußerst gefährlich geworden sei. Er stellt in Abrede, daß er oder ein anderer republikanischer Führer den Präsidenten in Verlegenheit zu setzen gesucht habe, als sie erklärten, daß die Völker Riga bis nach dem Kriege warten könne.

Anfre erste Pflicht ist es, täglich

er. Frieden im Jahre 1919 zu machen. Die ganze Welt friedlich zu machen, hat Zeit bis 2000.“

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt heute abend und Sonntag. Keine wichtige Veränderung in Temperatur.

Senator Lodge dringt auf baldigen Frieden

Washington, 4. Jan. — Nach Ansicht des Senators Lodge's ist es dringend nötig, daß ein baldiger Frieden geschlossen werde, da die Lage äußerst gefährlich geworden sei. Er stellt in Abrede, daß er oder ein anderer republikanischer Führer den Präsidenten in Verlegenheit zu setzen gesucht habe, als sie erklärten, daß die Völker Riga bis nach dem Kriege warten könne.

Anfre erste Pflicht ist es, täglich

er. Frieden im Jahre 1919 zu machen. Die ganze Welt friedlich zu machen, hat Zeit bis 2000.“